

AUSSPRACHE

Die Wirklichkeit war anders

In seinem Beitrag „Zehn Jahre gewerkschaftlicher Kampf für die soziale Demokratie“ im Oktoberheft macht *Wolfgang Abendroth* auf Seite 588 Ausführungen, welche diejenigen, die die Zeit der Gründung der UGO in Berlin miterlebten und mitgestalteten, nicht akzeptieren können. Ganz gleich, ob es sich bei den Äußerungen Abendroths um einen Irrtum oder eine bewußte Absicht handelt, die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung, die im vorliegenden Falle nur sieben Jahre zurückliegt, muß den Tatsachen entsprechen. Die Behauptungen Abendroths haben folgenden Wortlaut:

... . . Seit November 1946 bemühten sich die Gewerkschaften, zu einer alle Besatzungszonen umfassenden Zusammenarbeit zu gelangen. In acht Interzonenkonferenzen wurde immer wieder versucht, die Voraussetzungen zur nationalen Gewerkschaftseinheit zu klären, und zu einer großen Reihe von Fragen wurde im Interesse der deutschen Arbeitnehmer Stellung genommen. Die Spaltung des Berliner FDGB, die sich seit der Gründung der UGO im Februar 1948 vorbereitet hatte und im Mai die Einheit der Berliner Gewerkschaftsorganisation zersprengte, führte aber auf der neunten interzonalen Konferenz am 18. August 1948 zum Ende dieser Zusammenarbeit. So hatte die wirtschaftspolitische und politische Spaltung Deutschlands, die die Besatzungsmächte dem deutschen Volk aufgedrängt und durch die einseitige Währungsreform der westlichen Besatzungszonen befestigt hatten, nun auch im Bereich der gewerkschaftlichen Arbeit die nationale Einheit unmöglich gemacht . . .“ Diese Darstellung bedarf der Berichtigung.

1. Der FDGB Groß-Berlin war seit seinem Bestehen von 1945 bis jetzt keine echte Gewerkschaftsorganisation im Sinne einer freien Gewerkschaft.

2. Die Spaltung des FDGB Berlin ist nicht durch die Gründung der UGO vorbereitet worden, sondern die Gründung der UGO war eine Folge der spalterischen Politik der kommunistischen Führung.

Um der geschichtlichen Wahrheit willen muß mit aller Deutlichkeit erklärt werden, daß die UGO nicht im Februar 1948 gegründet wurde, wie Abendroth bemerkt. Vielmehr entstand schon Ende 1946 eine Opposition unabhängiger Gewerkschafter im FDGB. Sie entwickelte sich Anfang 1947 zu einer geschlossenen, wenn auch kleinen Oppositionsgruppe als Folge des kommunistischen Terrors der FDGB- und SED-Führung bei den Wahlen zum 1. FDGB-Kongreß, der im März 1947 stattfand. Die überhebliche Art der kommunistischen FDGB-Führung gab der Opposition neuen Auftrieb. Sozialdemokratische Betriebsgruppen wandten sich gegen die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsgruppen; unabhängige demokratische Gewerkschafter in den einzelnen Industriegewerkschaften wandten sich gegen die kommunistischen Fraktionen in den Industriegewerkschaften, weil diese zu 85 vH alle Positionen besetzt hatten und alte und neue Gewerkschafter demokratischer Gesinnung von den Führungspositionen auszuschließen bemüht waren.

Nach Verfälschung der Ergebnisse der 2. FDGB-Wahlen im Frühjahr 1948 trat die Opposition — sie nannte sich damals Unabhängige Gewerkschaftsopposition (Ugo) — auf dem Mai-Kongreß 1948 in stärkster Geschlossenheit auf und verlangte die Anerkennung der ihr gestohlenen mehr als 100 Mandate oder Neuwahlen. — Dieses Verlangen lehnte die FDGB-Führung ab, schloß die opponierenden Funktionäre aus und spaltete damit den FDGB.

Am 1. Juni 1948 entstand aus dieser Fraktion der ausgeschlossenen unabhängigen Gewerkschafter des FDGB, unterstützt von den SPD-Betriebsgruppen, die Unabhängige Gewerkschafts-Organisation (UGO).

Die in Westdeutschland vier Wochen später vorgenommene Währungsreform machten die Russen aus allgemeinpolitischen Gründen nicht mit, vollzogen eine eigene Währungsreform in zwei Etappen, um die Bevölkerung der Ostzone und Berlins weiterhin skrupellos ausbeuten zu können. Da die Währungsreform in ganz Deutschland vom ganzen deutschen Volk als eine Notwendigkeit anerkannt wurde, verhängten die Sowjets zur Sicherung ihrer politischen und wirtschaftspolitischen Ziele aus angeblich währungspolitischen Gründen die Blockade über West-Berlin und drohten mit Aus Hungering. Das war die effektive Spaltung Deutschlands.

Noch während der Blockade, im August 1948, verhandelten die westdeutschen Gewerkschafter, die damals noch in Zonengewerkschaftsbünden zusammengeschlossen waren, mit

den FDGB-Vertretern zum achten Mal über Organisationsfragen und Möglichkeiten eventueller Zusammenarbeit. Sie konnten an der durch die Blockade über Berlin entstandenen Lebensfrage der drei Westzonen und West-Berlins nicht vorbeigehen. Nur durch das anmaßende Verhalten der FDGB-Delegation unter Führung von *Hans Jendretzki* scheiterte die letzte Interzonenkonferenz. Sichtbar für alle Kollegen in der Bundesrepublik und West-Berlin und auch in der sowjetischen Besatzungszone konnte die nationale gewerkschaftliche Einheit schlechtweg aus politischen, wirtschaftspolitischen und organisationspolitischen Gründen nicht geschaffen werden, weil die FDGB- und SED-Führung als politische Instrumente der Sowjets auf Teilung Deutschlands bestehen mußten, nachdem sie eine volksdemokratische Einheit Gesamtdeutschlands nicht mehr erreichen konnten. Das haben auch die politischen Ereignisse nach 1948 klar bewiesen und somit das Verhalten der unabhängigen demokratischen Gewerkschafter Berlins vor der Geschichte gerechtfertigt. *Ernst Scharnowski*